de | fr

Press release | 18.05.2010

Hedgefonds

Der Beschluss des Rates zu den Alternativen Fonds ist Augenwischerei

Zur heutigen Positionierung des Rates (ECOFIN) zur Richtlinie Alternative Investmentfonds Managers (AIFM), erklärt **Sven Giegold**, Koordinator der Grünen im Wirtschafts- und Währungsausschuss:

"Nach der gestrigen Abstimmung im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP, verständigten sich heute die EU- Finanzminister (1) über ihre Position für die Verhandlungen mit dem EP. Leider ist ihr Beschluss zu den Alternativen Fonds nicht viel mehr als Augenwischerei.

Von Steueroasen wie den Cayman Islands heraus operierende Hedgefunds sollen etwa über London weiterhin EU-weit ihr Kapital sammeln können. Die Cayman Islands selbst müssten keine zusätzlichen Verpflichtungen eingehen. Darüber hinaus erlaubt der Rat europäischen Fonds das Investieren in vollkommen unregulierte Drittstaatenfonds.

Was Auflagen für die Fonds selbst betrifft, sollen Beschränkungen der Verschuldung (leverage cap) nur in Ausnahmefällen und nur von nationalen Behörden eingeführt werden. Auch sind Fonds unter einer Schwelle von der Kontrolle ausgenommen.

Damit fällt der Rat hinter das G20-Diktum, dass kein Produkt und kein Finanzplatz unbeaufsichtigt bleiben soll, weit zurück.

Die EP-Position hingegen streicht den Schwellenwert und sieht vor, dass die europäische Aufsichtsbehörde (ESMA) zu jedem Zeitpunkt Verschuldungsbeschränkungen auferlegen und damit effektive Risikominderung betreiben kann.

Dank des Drucks der Grünen soll ein EU-Pass für Fonds nur dann ausgestellt werden, wenn Fondsmanager die Richtlinie in ihrer Gesamtheit (Hebelbeschränkung, Transparenz, Boniregulierung etc.) respektieren und der Finanzplatz, wo der Fonds registriert ist, sich strikten Bedingungen (Transparenz und die Bereitstellung der zur Kontrolle nötigen Informationen) unterwirft. Darüber hinaus muss auch im Steuerbereich ein "effektiver Informationsaustausch" gewährleistet sein. Schließlich würde EU-Fonds verboten in unregulierte Drittstaatenfonds zu investieren.

Der Rat hingegen möchte kaum mehr als "Business as Usual" und damit den Fortbestand des Kasinos."

Anmerkungen:

1) Die britische Regierung hat akzeptiert, dass ein Ratsbeschluss zu Stande kam, ohne ihn selbst zu vertreten. Sie möchte einen EU-Pass für Drittstaatenfonds zu extrem niedrigen Bedingungen und damit effektiv die EU Regulierung noch weiter aushebeln. Britische Europaabgeordnete (nicht nur) der

Regierungskoalition haben gegen den EP Kompromiss gestimmt.

Recommended

Press release

Adriaan Ploegh



MEPs urge to strengthen European defence innovation

12.11.2026

Press release

karsten-wurth-unsplash



[Court upholds EU climate rules - EU must now show lead…]

12.11.2026

Press release

©jonathan-marchal

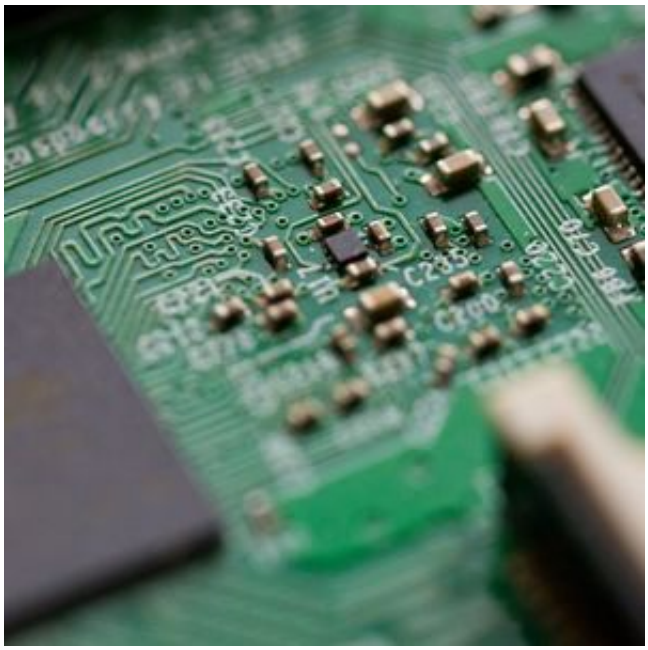


Tilly METZ elected European Parliament Vice-President

12.11.2026

Press release

chris-ried



Digital Fairness Act falls short on addictive design

11.11.2026

Please share

- E-Mail